

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Nun ist es also raus: Martin Schulz wird SPD-Kanzlerkandidat zur Bundestagswahl am 24. September. Das ist nicht nur eine gute Nachricht für alle Sozialdemokraten – sondern auch für unser Land!

Martin Schulz steht für einen Neuanfang – für die SPD und für die Bundesrepublik. Als ehemaliger und profilierter Präsident des Europäischen Parlaments hat er nicht nur sein Talent zur Polarisierung gegen rechtsextremistische und populistische Hetzer in Europa bewiesen, sondern auch seine Fähigkeit, Menschen zusammenzuführen. Er steht für Mut, Zuversicht und ein neues Miteinander in unserem Land, das leider von tiefen Rissen durchzogen ist. Martin steht für ein Land, in dem hart arbeitende Menschen, die sich an Regeln halten, gut und sicher leben können. Er steht für Gerechtigkeit und Fairness und für gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle Menschen – egal, ob sie in Ballungs- oder in ländlichen Räumen leben. Jetzt und in Zukunft. Er steht für ein Menschenbild, das den Einzelnen nach seinen Taten und Motiven beurteilt – und nicht nach seiner Herkunft oder nach seinem Geldbeutel. Und nicht zuletzt ist Martin Schulz überzeugt, dass ein funktionierendes Europa die grundlegende Bedingung für ein friedliches Leben der Menschen in Wohlstand ist.

Diese klare Haltung des SPD-Kanzlerkandidaten schlägt sich bereits in den ersten Umfragen nieder: Hier liegt Martin in der Direktwahlumfrage im Vergleich mit der Kanzlerin gleichauf! Unserem scheidenden Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel gilt für seine Entscheidung größter Respekt, Dank und Anerkennung – auch für die gemeinsamen siebeneinhalb Jahre mit ihm an der Spitze unserer SPD.

Ich freue mich auf den Wahlkampf – und denkt dran: #jetztistschulz!  
Alles Liebe, Sabine



# MARTIN SCHULZ WIRD KANZLERKANDIDAT

*„Deutscher Europäer“ übernimmt auch den SPD-Parteivorsitz*

Martin Schulz soll Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl 2017 werden. Das hat das SPD-Präsidium am Dienstag, den 24.01.2017 einstimmig beschlossen. „Die Kandidatur ist eine außergewöhnliche Ehre, die ich mit Stolz und Demut annehme“, sagte Martin Schulz im Anschluss.

SPD-Chef Sigmar Gabriel verzichtet zugunsten von Martin Schulz auf Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur. Der bisherige Präsident des Europäischen Parlaments soll im März auf einem Sonderparteitag zum SPD-Chef und zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl am 24. September gewählt werden. Das beschloss das SPD-Präsidium einstimmig.



Schulz kündigte an, er wolle einen Wahlkampf führen, der am Ende die SPD mit dem Auftrag ausstatte, das Land zu führen. Die SPD sei eine mutige Partei und werde mit Mut und Zuversicht dafür kämpfen, dieses Land zu führen. „Wir wollen, dass es gerecht und fair zugeht. Wir wollen, dass die Menschen sich respektiert fühlen“, sagte Schulz.

Dabei sagte er den Populisten den Kampf an und verwies dabei auf die Geschichte seiner Partei: „Immer wenn die Demokratie in diesem Land gefährdet war, gab es eine Brandmauer gegen die Feinde der Demokratie. Und die heißt Sozialdemokratische Partei Deutschlands.“

„Er ist der bessere Kandidat mit den besseren Chancen“, begründete der scheidende SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel seine Entscheidung gegen eine eigene Kandidatur. „Ich danke der deutschen Sozialdemokratie dafür, dass ich mehr als sieben Jahre ihr Vorsitzender sein durfte.“

Martin Schulz sei, so sein privater und politischer Freund Sigmar Gabriel, „ein großer Sozialdemokrat, ein deutscher Europäer, ein europäischer Deutscher. Er ist jemand, der Brücken bauen kann. Der Menschen zusammenführt und weiß, was für unser Land und Europa wichtig ist.“

Martin Schulz soll den Parteivorsitz übernehmen und Bundeskanzlerin Merkel herausfordern, so der Beschluss des SPD-Präsidiums. Gabriel hat demnach als Außenminister das Ressort gewechselt, da Frank-Walter Steinmeier als Kandidat für das Bundespräsidentenamt aus dem Kabinett ausscheidet. An die Spitze des Wirtschaftsministeriums rückte die bisherige Parlamentarische Staatssekretärin Brigitte Zypries. Die 63-jährige SPD-Politikerin war von 2002 bis 2009 Bundesjustizministerin.

„Verfügung zu stehen, verdient Respekt. Er stellt damit auch die eigenen persönlichen Ambitionen hinter den Erfolg der Partei zurück. Die Sozialdemokratie hat Sigmar Gabriel sehr viel zu verdanken. Seinen Vorschlag, Martin Schulz zum Kanzlerkandidat und SPD-Vorsitzenden der SPD zu nominieren, unterstütze ich voll und ganz.“

Mit Martin Schulz verfügt die SPD über einen Kandidaten, dessen Überzeugung für Europa heute wichtiger ist denn je. Er schafft es, die Menschen für den Zusammenhalt zu begeistern und so einen Gegenpol zur gesellschaftlichen Spaltung zu setzen. Die Kraft, mit der Martin Schulz die sozialdemokratischen und europäischen Ideale vertritt, wird der SPD Auftrieb geben. Ich bin mir sicher: Das Kraftpaket Martin Schulz ist der richtige Kandidat.“



**MALU DREYER**

# AFD RELATIVIERT PRESSEFREIHEIT

*Eklat im Landtag: Schulterchluss von SPD, FDP, Grünen und CDU*

Die Plenarsitzung des Landtags am letzten Donnerstag, den 26.01.2017 war von einer – wie die Rhein-Zeitung am darauffolgenden Freitag formulierte – „ungewohnt ungestümen Debatte“ geprägt. Auslöser dafür war der selektive Ausschluss von Journalisten beim großangelegten Kongress europäischer Rechtspopulisten am Sonntag, den 21.01.2017, an dem neben AfD-Politikern auch die französische Rechtspopulistin Marine LePen und der Niederländer Geert Wilders teilnahmen. Zeitgleich fand eine Gegenkundgebung statt, an der sich 5.000 Demonstranten beteiligten – auch viele prominente Gesichter wie Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL und viele weitere mehr.

Der selektive Ausschluss von Journalisten, der auch von vielen Medienvertretern heftig kritisiert wurde, war nun Thema einer Aktuellen Stunde des rheinland-pfälzischen Landtags, bei dem sowohl die regierungstragenden Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, als auch die CDU-Opposition sich in einem bisher ungewohnten Schulterchluss übten. Anlass dafür waren die Ausführungen von AfD-Fraktionschef Uwe Junge, der sich weigerte, sich vom Ausschluss der Journalisten zu distanzieren. Dem SWR zufolge habe es in der Begründung des Ausschlusses geheißt, „wer einem auf den Tisch kotze, werde nicht eingeladen.“

Nachdem CDU-Oppositionsführerin Klöckner der AfD vorgehalten hatte, dass wer Hofberichterstattung wolle, etwas zu verbergen habe und sich in dieser Frage demonstrativ an die Seite der Koalitionsfraktionen stelle, bezeichnete der SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Schweitzer die nachträgliche Relativierung der Pressezensur bei Kongress der europäischen Rechtspopulisten und die verweigerter Distanzierung von den Äußerungen des thüringischen AfD-Chefs Björn Höcke durch Junge als „politisch und persönlich feige.“ Höcke hatte das Berliner Holocaust-Mahnmal unter anderem als „dämliche Bewältigungspolitik“ bezeichnet.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer griff in die Debatte ein und bezeichnete es als „peinlich“, dass die rheinland-pfälzische AfD so tue, als habe sie mit der AfD-Bundespartei und entsprechend mit dem Ausschluss der Journalisten nichts zu tun. „Ihr Verhalten macht deutlich, dass sie einen anderen Staat und eine andere Gesellschaft wollen. Und deshalb: Bekennen Sie sich zu unserer Verfassung und agieren Sie danach – und tun Sie nicht so, als hätten Sie nichts damit zu tun, was andere im AfD-Kreis tun!“, warf sie der AfD entgegen.



# DAMIT RHEINLAND-PFALZ SICHER BLEIBT

## *Sicherheitsbehörden stärken – Prävention ausbauen*

Auf Initiative von Ministerpräsidentin Malu Dreyer haben heute Innenminister Roger Lewentz, Justizminister Herbert Mertin und Integrationsministerin Anne Spiegel zusammen mit den Expertinnen und Experten ihrer Häuser beim Spitzentreffen Sicherheit in der Staatskanzlei wichtige Maßnahmen für mehr Sicherheit in Rheinland-Pfalz beschlossen. Die Stärkung der Sicherheit ist nicht nur eine Aufgabe der Sicherheitsbehörden, sie erfordert ein

konzertiertes Vorgehen aller zuständigen Institutionen, vom Innen-, über das Justiz- bis hin zum Integrationsministerium, von den Polizei- bis zu den Sozial- und Schulbehörden. Bund und Länder arbeiten mit Hochdruck daran, die genauen Abläufe des Anschlages auf den Berliner Weihnachtsmarkt aufzuklären. Auf Grundlage der bereits vorliegenden Erkenntnisse hat die rheinland-pfälzische Landesregierung zusammen mit ihren Experten und Expertinnen die Lage im Land analysiert.

**SPITZENTREFFEN SICHERHEIT**

- Stärkere Gefährderüberwachung**
- Bessere Ausrüstung und Ausstattung**
- Landesweiter Bodycam-Einsatz**
- Aussteigerprogramm für religiöse Extremisten**
- Rassismus-Präventionsprogramm**

RHEINLAND-PFALZ  
SPD

„Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir weiterhin alles dafür tun werden, damit das auch in Zukunft so bleibt. Wir haben heute gemeinsam mit allen betroffenen Experten und Expertinnen analysiert, in welchen Bereichen wir unsere Arbeit z.B. durch gezielte Personalverstärkungen, besseren Informationsaustausch oder optimierte Ausrüstung noch verbessern können“, sagt Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Ein Ergebnis aus dem Spitzentreffen ist, dass der Informationsaustausch auf Landesebene durch eine „ständige Fallkonferenz“ intensiviert wird. Darin arbeiten Innenministerium, Justizministerium, Integrationsministerium, Ausländerbehörden, Zentralstelle für Rückführungsfragen und die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) zusammen. Präventionsmaßnahmen gegen islamistische Radikalisierung werden konsequent ausgebaut. Schulen sollen unter anderem dabei unterstützt werden, extremistische Tendenzen frühzeitig zu erkennen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Spitzentreffens Sicherheit haben auch beschlossen, beim Landesverfassungsschutz- und beim Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) Anpassungen vorzunehmen.

Beim Spitzentreffen Sicherheit hat die Landesregierung konkrete Sofortmaßnahmen getroffen:

Personalverstärkung im Bereich Sicherheit:

Mehr als 60 Beamtinnen und Beamte sollen bei Polizei und Verfassungsschutz unter anderem die Bereiche Gefährderüberwachung, Gefährdungsbeurteilung, Internet-Aufklärung und deren Auswertung sowie Entschärferdienst verstärken.

Erweiterung der Ausrüstung und Ausstattung der Sicherheitsbehörden und der internationalen Zusammenarbeit: Modernisierung der Videoüberwachungstechnik, mobile Kennzeichenlesegeräte, flugfähige Aufklärungskomponenten für die Spezialeinheiten und Modernisierung der Maschinenpistolen.

Gesetzgebungs novellen bei Landesverfassungsschutz-, Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG): Bei der anstehenden Novelle des POGs wird unter anderem auch der landesweite flächendeckende Einsatz von Bodycams außerhalb von Wohnungen gesetzgeberisch umgesetzt. Das Spitzentreffen Sicherheit einigt sich außerdem auf die Einführung eines neuen Ordnungswidrigkeitstatbestands bei Verstößen gegen Platzverweise, Meldeauflagen und Aufenthaltsverbote, Ausweitung bedarfsgerechter Videoüberwachung sowie eine Intensivierung des anlassbezogenen Videoeinsatzes an exponierten Stellen, insbesondere auch bei Großveranstaltungen.

Personelle und technische Verstärkungen im Bereich Sicherheit/ Gefahrenprävention: „Wir werden auch prüfen, inwieweit die anlassbezogene Nutzung von Kennzeichenlesegeräten zur Erfassung von Fahrzeugkennzeichen mittels einer Videokamera und deren automatischer Abgleich mit polizeilichen Fahndungsdateien ermöglicht werden kann. Im Landeshaushalt sind weitere Sachmittel für die Verbesserung der Schutzausrüstung vorgesehen.“

Ministerpräsidentin Malu Dreyer zeigt sich mit den Ergebnissen des Spitzentreffens Sicherheit sehr zufrieden. „Die rheinland-pfälzische Regierung handelt in Fragen der inneren Sicherheit entschieden mit Sofortmaßnahmen, die wir alleine durchsetzen können und wir stoßen Veränderungen an, wo wir den Bund brauchen. Wir setzen in Rheinland-Pfalz konsequent auf Prävention und schützen die Bürgerrechte“, sagt Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Die Vorschläge der Landesregierung seien sachlich fundiert, lösungsorientiert und verhältnismäßig. „Die Sicherheit aber auch die Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger sind bei uns in guten Händen“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Mein Dank gilt heute allen, die bei der Polizei, den Ausländerbehörden, der Justiz und in der Integration in den vergangenen Monaten hervorragende Arbeit geleistet haben.“

# 1. LANDESFACHKRÄFTEGIPFEL PFLEGE

## *Gemeinsames Engagement in der Fachkräftesicherung*

„Um auch in Zukunft eine qualifizierte pflegerische und medizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz sicherstellen zu können, brauchen wir fachkompetente Pflegefachkräfte. Heute haben wir dafür einen wichtigen Schritt unternommen: Gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern der ‚Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Gesundheitsfachberufe‘ haben wir uns auf eine Fortsetzung der Initiative verständigt und konkrete Handlungsfelder beschlossen“, sagte Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler im Anschluss an den Fachkräftegipfel Pflege heute in Mainz.

Die heutige Veranstaltung mit den Spitzenvertreterinnen und -vertretern des Gesundheitswesens und der Pflege gab den Startschuss für die ‚Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative 2.0‘, die in 2017 erarbeitet und Ende des Jahres von allen Beteiligten unterzeichnet werden soll.

Verständigt haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei ihrem heutigen Treffen auf folgende Handlungsfelder:

- Zukunftsorientierte Formen von Ausbildung, Studium und Weiterbildung in der Pflege
- Weiterentwicklung und Rahmenbedingungen der Pflegeberufe
- attraktive Beschäftigungsbedingungen in der Pflege
- Integration ausländischer Pflegekräfte und
- Öffentlichkeitsarbeit.



Sabine Bätzing-Lichtenthäler beim Fachkräftegipfel mit Partnerinnen und Partnern der Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Gesundheitsfachberufe.

„Gemeinsam wollen wir weiterhin dem Fachkräfteengpass entgegenwirken und unsere Bemühungen zur Verbesserung der Fachkräftesituation verstärken“, betonte Bätzing-Lichtenthäler. Die Fachkräftesicherung in der Pflege sei bereits seit 2002 ein Schwerpunkt der Landesregierung. In die vielfältigen Maßnahmen und Initiativen, wie beispielsweise die Initiative Menschen pflegen, die Fachkräfte- und Qualifizierungsoffensive Pflege und die Arbeitsmarktanalyse Branchenmonitoring Pflege, hat Rheinland-Pfalz seitdem etwa zehn Millionen Euro investiert und die für 2015 prognostizierte Fachkräftelücke deutlich reduzieren können.

„Unsere Maßnahmen zeigen Wirkung. Aber jede neue Fachkräftelücke bedeutet eine erhöhte Arbeitsverdichtung für die rund 44.000 Pflegekräfte in Rheinland-Pfalz. Auch deshalb ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen“, so die Ministerin.



Vor dem Hintergrund der aktuellen Ermittlungen gegen Pflegekräfte einer Senioreneinrichtung in Lambrecht sagte sie: „Kriminelles Handeln können wir nicht verhindern, aber wir müssen möglicher struktureller Gewalt in der Pflege durch eine Kultur des Hinschauens das Fundament entziehen. Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, müssen darauf vertrauen können, dass sie dort, wo sie leben - ob zuhause oder in einer Pflegeeinrichtung - gut und ohne Gewalt begleitet werden.“

Eine Haltung der Achtsamkeit und des Respekts auch in stressigen Situationen zu bewahren, die Pflegekräfte in ihrem Alltag erleben, brauche auch die Unterstützung und Anerkennung durch Kolleginnen und Kollegen und der Einrichtungsleitungen. Als ersten Schritt schlug Sabine Bätzing-Lichtenthäler eine gemeinsame mit Pflegegesellschaft und Pflegekammer getragene Schulungs- und Informationsinitiative vor. Diese solle möglichst alle Pflegekräfte im ambulanten und stationären Sektor erreichen und sensibilisieren und letztlich dazu beitragen, Gewalt zu vermeiden.

## FORUM FÜR AUSTAUSCH UND VERNETZUNG

*Erster Landespräventionskongress fand in Worms statt*

„Prävention und Gesundheitsförderung kommen in unserer älter werdenden Gesellschaft mehr denn je eine maßgebliche Bedeutung zu. Eine gesundheitsfördernde Lebensweise trägt dazu bei, Krankheiten wie etwa Diabetes, Adipositas, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder psychische Erkrankungen präventiv zu begegnen und bedeutet letztlich auch mehr Lebensqualität“, stellte Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler in ihrer Rede zur Eröffnung des 1. Landespräventionskongresses Rheinland-Pfalz heraus.

Ein halbes Jahr nach Unterzeichnung der Landesrahmenvereinbarung zum Präventionsgesetz kamen am 23. und 24. Januar auf Einladung des Gesundheitsministeriums alle Akteure und Partnerinnen und Partner der Prävention und Gesundheitsförderung in Worms zusammen. Unter dem Titel „Gesundheit fördern. Prävention stärken.“ bot der Präventionskongress allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern viele Fachvorträge, Symposien und einen Markt der Möglichkeiten, in denen die Aussteller ihre Aktivitäten und gute Beispiele präsentieren.

Der Kongress ist auch ein Forum, sich auszutauschen und zielführende Strukturen und Konzepte zu planen und weiterzuentwickeln. „Es ist unser gemeinsames Ziel, in Rheinland-Pfalz präventive und gesundheitsfördernde Angebote zu schaffen, die möglichst alle Menschen erreichen und nachhaltig wirken. Dazu müssen wir künftige Präventionsmaßnahmen bündeln und steuern“, so die Ministerin. Sie dankte den Partnerinnen und Partnern der Landesrahmenvereinbarung – den gesetzlichen Krankenkassen, der Renten-, Pflege- und Unfallversicherung – und betonte, in Rheinland-Pfalz gebe es bereits vielfältige Maßnahmen und tragfähige Strukturen. Diese gelte es weiterzuentwickeln und zusammenzuführen. Prävention und Gesundheitsförderung seien eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die nur mit einer gemeinsamen Strategie umgesetzt werden können.

„Dabei kommt es besonders darauf an, jenen Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, die erhöhte Gesundheitsrisiken und gleichzeitig geringe Gesundheitschancen haben“, sagte Bätzing-Lichtenthäler. So sollen künftig auch die Menschen stärker von Präventionsmaßnahmen und gesundheitsfördernden Maßnahmen profitieren, die aufgrund von besonderen Lebenssituationen oder Mehrfachbelastungen, beispielsweise durch Beruf, Familie, häusliche Pflege oder Ehrenamt einen erhöhten Bedarf an präventiven Angeboten haben. Gemeinsames Ziel ist, die Menschen direkt in ihren Lebenswelten, das heißt in den Kommunen, Betrieben, den Kindertagesstätten und Schulen, kompetenz- und ressourcenorientiert anzusprechen und zu fördern.

Für den Folgetag des zweitägigen Kongresses kündigte Bätzing-Lichtenthäler die künftig jährlich tagende Landespräventionskonferenz an. Zum Auftakt der Umsetzungen des Präventionsgesetzes, findet diese im Rahmen einer Podiumsdiskussion statt. Bei dieser tauschen sich alle Unterzeichner der Landesrahmenvereinbarung aus, sprechen über ihre jeweiligen Schwerpunkte und legen dar, was ihnen bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes jeweils wichtig ist.

### **MEIN TIPP ZUM KLICKEN: PETITION ZUM HALTEPUNKT „MARIENTHAL“**

Der Schienenpersonennahverkehr Nord plant die Schließung des beliebten Bahnhaltepunktes „Kloster Marienthal“ in naher Zukunft. Hierdurch soll vornehmlich eine schnellere Taktung erreicht werden, die als „Qualitätsverbesserung“ angeführt wird. Welche Verbesserung bringt ein Abbau der Infrastruktur vor Ort für die Besucher, Pilger und Wallfahrer, Wanderer an Westerwald- und Siegesteig, sowie die Arbeitnehmer vieler gastronomischer Betriebe in Marienthal mit sich?

Eine Petition im Netz wendet sich jetzt gegen die Schließung des Haltepunktes. Hier kann man die Petition mitunterzeichnen: [Klick!](#)